



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831 - 33  
Fernschreiber 0386890

P/ZV/206 - 9. September 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Zuspitzung</u> Kongo und der Kalte Krieg zwischen West und Ost	35
2 - 3	<u>Moskau gegen de Gaulle</u> Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	63
4 - 5	<u>Gift für die Jugend</u> Schul-Geschichtsbücher, wie sie nicht sein sollen	82
6	<u>Sozialdemokraten in der Verantwortung</u> Aufbauleistungen in deutschen Städten:  <u>Berlin - die Hauptstadt Deutschlands</u> Von Willy Brandt, Regierender Bürgermeister von Berlin	48

\* \* \* \* \*  
\* \* \*

Zuspitzung

sp - Der Kalte Krieg hat auf den Kongo übergegriffen. Die Truppen des kongolesischen Ministerpräsidenten Lumumba kämpfen mit Waffen, die sie aus den Ländern des Ostblocks erhielten. Die Wirren nehmen an Heftigkeit zu, blutige Massaker suchen das Land heim, ungezählte Opfer fordernd. Lumumba hat anscheinend jedes Maß verloren, nun hat er sogar den Abzug der Truppen der Vereinten Nationen verlangt. Kann die UNO die Torpedierung ihrer Mission im Kongo gestatten? Die Folgen wären unübersehbar, sie würden dieses unglückliche Land, das so völlig unvorbereitet für den Sprung zur Souveränität war, in den Strudel der Auseinandersetzungen zwischen West und Ost hineinziehen und aus ihm einen Konfliktherd erster Größenordnung machen. Noch ist die sowjetische Intervention versteckter Natur, noch wagt es die Sowjetunion nicht, das Befriedungswerk der Vereinten Nationen offen zu sabotieren, aber viele Anzeichen deuten darauf hin, daß Lumumba nicht so handeln würde, wie er handelt, wäre er nicht der sowjetischen Unterstützung und Ermunterung gewiß. Das schafft für die UNO eine äußerst schwierige Lage, die die Wurzeln ihrer Existenz berührt. Sie kann nur so stark sein, wie es alle Mitglieder wollen.

Die UNO-Truppen im Kongo unterstehen dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag Hammarskjöld. Ihre Entsendung erfolgte im Auftrag des Sicherheitsrates, dem auch die Sowjetunion angehört. Die zwiespältige Haltung Moskaus im Kongo-Konflikt wird dadurch offenbar, daß der sowjetische Vertreter im Sicherheitsrat nicht gegen den UNO-Auftrag stimmte, Moskau aber im Kongo selbst zugunsten Lumumbas einseitige Partei ergreift und somit die Friedensmission infrage stellt. Die Sowjetunion versorgt Lumumba mit Militärflugzeugen und mit Waffen aus der Tschechoslowakei.

Wird der Sicherheitsrat den Generalsekretär Hammarskjöld zur Entwaffnung der Lumumba-Truppen ermächtigen? Eine andere Lösung scheint es nicht mehr zu geben, umso mehr, als die Vereinigten Staaten angedroht haben, sie würden die sowjetische Aktivität im Kongo nicht ruhig hinnehmen. Dann würde das eintreten, was die UNO-Aktion verhindern wollte und will: die Verwandlung des Kongo zu einem Streitobjekt der beiden Weltmächte. Läßt sich die Entwicklung überhaupt noch aufhalten?

9. September 1960

Moskau gegen de Gaulle

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Im Zusammenhang mit den scharfen Angriffen de Gaulles gegen die Sowjets muss man feststellen, dass auch Moskau seit einigen Wochen andere Töne gegenüber de Gaulle anschlägt. Man hat im Krenl erkannt, dass die auf de Gaulle gesetzten Hoffnungen sich nicht erfüllten, dass Frankreich den Atlantikpakt wohl reformieren, aber nicht verlassen will, dass die Abwehrstellung gegen den Ostblock nicht aufgegeben wird.

Die politische Schonung, die de Gaulle gewährt wurde, war also vergeblich. Umsonst machte Chruschtschow dem französischen General Komplimente, umsonst verzichtete der Krenl - im Gegensatz zu Peking - auf eine Anerkennung der algerischen Rebellenregierung, umsonst tolerierte die Kommunistische Partei Frankreichs das gaullistische Regime.

In allen diesen Punkten revidiert die Sowjetführung jetzt ihre Stellung und drückt gleich auf drei Knöpfe, um de Gaulle für seinen Eigensinn zu "bestrafen" oder vielleicht doch noch auf andere Wege zu bringen: diplomatische Offensive gegen Frankreich mit Drohungen und Warnungen, offene sowjetische Ermunterung für die algerischen Rebellen, schließlich radikale Töne der französischen KP.

Besondere Aufmerksamkeit verdient Moskaus Haltung zur FLN. Die Sowjetunion hat, zum Unterschied vom kommunistischen China und zu den meisten afrikanischen und asiatischen Staaten, die algerische Exilregierung bis jetzt offiziell nicht anerkannt und ihr auch keine nennenswerte materielle Unterstützung gewährt. Der Krenl wollte mit dieser Zurückhaltung de Gaulle "eine Chance geben" und einen Bruch mit Paris vermeiden. Will Chruschtschow es jetzt auf eine ernste Spannung zwischen Frankreich und der Sowjetunion ankommen lassen? Verschiedene offizielle und offiziöse Äußerungen aus Moskau deuten darauf hin.

Ein Grund für die bisherige sowjetische Reserve in Algerien war auch die Befürchtung, Frankreich könnte in Nordafrika auf dem Unweg über die UNO durch die Vereinigten Staaten abgelöst werden. Moskau ziehe aber die Anwesenheit Frankreichs einer amerikanischen Infiltration vor. In diesem Sinn sprach sich der Pariser Sowjetbotschafter Winogradow

9. September 1960

mehrmals de Gaulle gegenüber aus. Dieser sowjetische Opportunismus erregte in den arabischen Ländern grossen Unwillen. Ob die Sowjets ihre letzten Drohungen nun wahr machen und in der Algerienfrage endgültig umschwenken, hängt vom Ausgang der Kongokrise ab.

Mit der offenen sowjetischen Interventionsdrohung in Kongo soll nicht nur Belgien, Frankreichs Nachbar und Verbündeter, unter Druck gesetzt werden, sondern auch Frankreich selbst und seine ehemaligen Kolonien, die jetzt schrittweise zur Unabhängigkeit gelangen. Wenn es den Sowjets gelingt, sich in Zentralafrika einzuschalten, entweder in der kongolesischen Zentralregierung Lumumba oder in einem innerkongolesischen Bürgerkrieg, werden sie auch in Algerien vorstossen.

Vorbereitungen dazu werden jedenfalls getroffen: offenes Auftreten der algerischen Kommunisten innerhalb der FLN, in die sie individuell eingetreten sind, weil die algerischen Nationalisten eine kompakte kommunistische Fraktion bis jetzt zu verhindern suchten; scharfe Sprache der französischen Kommunisten, die sich seit einigen Wochen offen mit der FLN solidarisch erklären; prokommunistische Artikel in der illegalen FLN-Presse.

Die Annäherung zwischen Kommunisten und algerischen Nationalisten - die sich sonst heftig befehdeten und im Grunde genommen verschiedene und manchmal entgegengesetzte Interessen vertraten - wird durch eine Reihe von Umständen begünstigt: das Scheitern der Waffenstillstandsverhandlungen zwischen der FLN und der französischen Regierung, die Verschärfung des ausweglosen Algerienkrieges, die wachsende Radikalisierung der algerischen Nationalisten, die Kongokrise, die internationalen Spannungen und das Wiederaufleben des Kalten Krieges.

Die wirtschaftlichen und innerpolitischen Schwierigkeiten Frankreichs, die sich im Herbst noch verschärfen werden, dürften jetzt von den Kommunisten gründlich ausgenutzt werden. Auf Weisung Moskaus haben sie sich lange Zeit zurückgehalten, um de Gaulle zu einer sowjetfreundlichen Aussenpolitik zu bewegen; nun werden sie die Unzufriedenheit der Franzosen wieder für eigene Partezwecke auszubeuten versuchen.

Gift für die Jugend

Schul-Geschichtsbücher, wie sie nicht sein sollen

Greift man aus der Fülle der an unseren Schulen zugelassenen Geschichtsbücher das eine oder andere heraus, so muß man feststellen, daß oft zwischen den Zeilen oder auch ganz offen die Politik Hitlers und seiner Hintermänner gerechtfertigt wird. Die Autoren bringen bestenfalls Fakten aber kaum Hintergründe und Zusammenhänge. Sie vermeiden es, auf "unangenehme" Dinge einzugehen und vermitteln unserer Jugend dadurch ein verzerrtes und falsches Bild, das sie die Gefahren des Faschismus nicht erkennen läßt.

Aus der Fülle der Beispiele, die sich in den Geschichtsbüchern bieten, seien nur einige wenige herausgegriffen:

"Hitler besaß zweifellos einen gewissen Blick für operative Möglichkeiten... Darüber hinaus verfügte Hitler über ein erstaunliches Wissen und Gedächtnis, wie über schöpferische Phantasie in Bezug auf technische Fragen und auf alle Probleme der Rüstung."

(Die neueste Zeit, Seite 115, übernommen aus "Verlorene Siege" Generalfeldmarschall von Manstein)

Diese Glorifizierung des "Führers" muß doch jeden Jugendlichen irreführen. Zur "Ergänzung" erfahren die Kinder dann auch noch, daß Autobahnen gebaut wurden, es einen Arbeitsdienst gab, in dem die "Jugendlichen aller Schichten des Volkes zusammen lebten", die Rüstung anließ und es bald in Deutschland keine Arbeitslosen mehr gab. Kein Wort, daß es sich dabei um Kriegsvorbereitungen handelte, die in ihrem Ergebnis dem deutschen Volke sehr teuer zu stehen kamen.

Über die Judenverfolgungen können wir lesen:

"Mit fanatischem Haß verfolgte Hitler die Juden, die er im Sinne der nationalsozialistischen Rassenlehre für eine minderwertige Rasse erklärte... Einen Großteil des Elends in der Welt führte er auf die Schuld des 'internationalen Judentums' zurück, dessen gefährlichste Waffe nach Hitlers Meinung der Marxismus war."

(Die neueste Zeit, Seite 88).

Um die "Meinung" Hitlers zu erhärten, wird "Mein Kampf" zitiert, diese "Meinung" jedoch mit keinem Wort widerlegt. Zwar berichten die Autoren über die Verfolgung der Juden, bringen aber die Entschuldigung mit hinein, "als im Jahre 1938 ein Mitglied der deutschen Botschaft in Paris von einem Juden erschossen wurde, erreichte der Kampf gegen das Judentum einen Höhepunkt."

Der demokratische Widerstandskampf gegen die faschistische Diktatur wird entsprechend der allgemeinen Tendenz dieser Schulbücher kaum gewürdigt. Es werden zwar die Männer des 20. Juli und die Geschwister Scholl erwähnt, aber der unerschrockene Kampf vieler Sozialdemokraten, Gewerkschaftler, Kommunisten, Christen und liberalen Bürger, der 1933 begann und noch in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern fortgesetzt wurde, wird meist totgeschwiegen. Ein anderes Problem: Die Aufrüstung, die von Anfang an mit Aggressionsplänen verbunden war, wird wie folgt "begründet":

"Da die anderen Mächte nicht abrüsteten, trat Deutschland aus dem Völkerbund aus und nahm sich das Recht aufzurüsten."

(Mit eigener Kraft, Seite 41)

"Die Siegermächte von 1918 hatten sich im Friedensvertrag verpflichtet, genau wie Deutschland abzurüsten. Nach 14 Jahren war ihr Versprechen noch immer nicht eingelöst. Sie weigerten sich auch, Deutschland als völlig gleichberechtigt anzuerkennen. Hitler vollzog darauf im Herbst 1933 den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund".

(Einst und Jetzt, Seite 248/49.)

Das ist doch nichts anderes als eine nachträgliche Rechtfertigung der Kriegsvorbereitungen des sogenannten "Dritten Reiches". Zu den angeblichen Zielen der NSDAP wird erklärt:

"Die Partei wollte für die nationale Ehre und Größe und die Beseitigung der Arbeitslosigkeit kämpfen."

(Mit eigener Kraft, Seite 39)

Der Überfall auf Polen wird im Stil der Wehrmachtsberichte wie folgt beschrieben:

"Am Morgen des 1. September 1939 brachte der deutsche Rundfunk den ersten Wehrmachtsbericht des zweiten Weltkrieges. 'Auf Befehl des Führers und obersten Befehlshabers hat die Wehrmacht den aktiven Schutz des Reiches übernommen...'"

(Einst und Jetzt, Seite 253).

Und weiter lassen die Autoren von "Einst und Jetzt" einen Unteroffizier sagen: "Das wird Siedlungsland für unsere Bauernsöhne... Wir sind die Herren. Das Land wird deutsch."

All das zeigt sich bei einem flüchtigen Blick in einige Schulbücher, die an Schulen der Bundesrepublik verwandt werden.

Die Bücher sollen nun erneut überprüft werden. Das ist gut, allerdings nur dann, wenn nach dieser Überprüfung nichts mehr übrig bleibt von einem Geist, der die brutale Gewaltpolitik der Machthaber des Dritten Reiches verharmlost, ihrer Ideologie einen breiten Spielraum gibt und die Hintergründe und Zusammenhänge im Dunkeln läßt.

Ein Volk, das sich durch seine jüngste Geschichte selbst so viel Leid zugefügt und in Mißkredit gebracht hat, sollte sorgsam darauf achten, daß seine Jugend im Geiste des Friedens und der Achtung vor dem Lebensrecht aller Völker zu humanistisch und demokratisch denkenden Menschen erzogen wird.

Henriette Dreyfus, in "Gleichheit", September 1960 + + +

## Berlin - die Hauptstadt Deutschlands

Von Willy Brandt,  
Regierender Bürgermeister von Berlin

Berlin, die Hauptstadt Deutschlands, steht praktisch seit 1945 im Mittelpunkt des Weltinteresses. Am Schnittpunkt zwischen Ost und West mussten die Berliner die sie selbst unmittelbar berührenden Auseinandersetzungen der beiden Machtblöcke oft aus nächster Nähe miterleben.

Dennoch haben sie darüber nicht den Wiederaufbau ihrer im Kriege schwer verwüsteten Stadt vergessen. Auch die Blockade von 1948/49 konnte den Willen der Berliner zur Selbstbehauptung und zum Aufbau nicht hemmen. Der Widerstand gegen die kommunistischen Herausforderungen aber wuchs von Jahr zu Jahr.

Mit Ausnahme einer Zeit von rund fünf Vierteljahren wurden die Geschicke der Stadt seit den ersten Nachkriegsjahren Ende 1946 von sozialdemokratischen Oberbürgermeistern beziehungsweise Regierenden Bürgermeistern gelenkt. Die aus allen Wahlen als stärkste Partei hervorgegangene SPD ist für die Machthaber der Berlin umgebenden Sowjetzone zur Quelle einer gefürchteten "Krankheit" geworden.

Trotz der vielen gesamtdeutschen Aufgaben, die von Berlin erfüllt werden müssen und weitgehend erfüllt worden sind, ist das Wohl der Bevölkerung nie aus den Augen verloren worden. Die durch die Chruschtschow-Erten von 27. November 1958 eingeleitete neue Krise hatte für die Berliner nicht die vielfach befürchteten nachteiligen Folgen. Dank der Unterstützung des Bundes und des westlichen Auslandes wurde 1959 zum wirtschaftlich erfolgreichsten Jahr: Produktionsziffern konnten gesteigert werden, das Sozialprodukt stieg weiter an - Berlin ist wieder die grösste Industriestadt Deutschlands!

Das Jahr 1960 hat diese Tendenz fortgesetzt. Die Zahl der Arbeitslosen, die im Jahre 1950 annähernd 350 000 betragen hatte, ist auf etwa 20 000 zurückgegangen. Auch in West-Berlin macht sich jetzt ein fühlbarer Mangel an Facharbeitern bemerkbar.

Wir sind uns darüber im klaren, dass der grosszügige Aufbau ohne die Unterstützung des Bundes und der westdeutschen Steuerzahler nicht möglich gewesen wäre. Berlin konnte seine sozialen Leistungen dem Bundesdeutschen Niveau angleichen. Die jedermann sichtbaren Aufbauleistungen können sich mit denen der westdeutschen Großstädte messen. Ich denke da an 200 000 neue Wohnungen, an den vorbildlichen Schnellstrassenring mit der ersten Städtautobahn Deutschlands, an die Errichtung zahlreicher Kultur- und Sozialbauten.

Mit Ausnahme der erwähnten kurzen Zwischenperiode nach dem Tode von Ernst Reuter wird Berlin, das seit dem 1. Oktober 1950 staatsrechtlich Stadt und Land zugleich ist, von einer Koalitionsregierung geleitet, die sich - ganz im Gegensatz zu Bonn - aus der SPD und der CDU zusammensetzt. Es wäre unfair, bestreiten zu wollen, dass beide Parteien an den Aufbauleistungen der letzten Jahre ihren Anteil haben. Es wäre töricht, zu vergessen, daß die zweieinviertel Millionen Berliner im freien Teil der Stadt mutig und zäh das Entscheidende getan haben.

Aber es lässt sich eben auch nicht bestreiten, dass in all diesen Jahren die Hauptverantwortung für Berlin, das heisst dem gefährdetsten Ort des freien Deutschlands, von der stärksten Partei in dieser Stadt getragen worden ist. Die Sozialdemokraten haben Grund, darauf stolz zu sein.

-----+-----+-----+-----  
Verantwortlich: I.V. Albert Exler